

Handelsblatt 6.5.2010: „Planet der Trickser“

Die Mülheimer Frau OB Mühlentfeld war vor kurzem in Hörfunk (WDR 5) und Fernsehen, u.a. heute journal, zu hören und zu sehen als Sprecherin des Bündnisses von 20 überverschuldeten NRW-Städten „Raus aus den Schulden“. Sie verlangte zu recht mehr Geld von Land und Bund, um die bankrotten Kommunen nicht vor die Wand fahren zu lassen. Nur: Sie ist ein ganz schlechtes Beispiel, weil in Mülheim, der Stadt der evtl. zukünftigen Ministerpräsidentin Kraft, das Geld sehr offensichtlich und für jeden sichtbar mit vollen Händen zum Fenster hinaus geworfen wird. Das macht das Städtebündnis nicht gerade glaubhaft. Weit über 100 Mio. wirkliche Vorleistungen hat die Stadt schon verballert für ihr Prestigeprojekt, das von Tag zu Tag schwindstüchtiger wird. Der Rest der Stadt ist Umwegfinanzierung über PPP und PPP-ähnliche Geschäfte in gigantischem Ausmaß, voll am Haushalt vorbei und mit betonierter Verschuldung auf Jahrzehnte. Ein großer Artikel im Handelsblatt entlarvt sie deutlich, s.u.. Die Nähe zu „griechischen Verhältnissen“ wird offensichtlich!



Der Bebauungsplan „Ruhrbania-Ruhrpromenade“ in Luftbild und Plan. Rechts die nur in Baufeld 3 und 4 des Plans bereits zerstörte Infrastruktur: das Gartendenkmal, die Ruhrstr. (ex-Landesstr. weißer Strich), der Stadtbadanbau, der Rathausneubau, die Bücherei, die Rathausrotunde. Der kürzlich abgerissene overfly befand sich hinter Baufeld 6 am linken Ende des Luftbilds links. Die beiden anderen overflies, das Gesundheitshaus, die AOK (muss erst noch gekauft werden) und das ehemalige Arbeitsamt (wurde gerade erst für 1,7 Mio. gekauft) in Baufeld 5 sollen alle zerstört werden, um Bauland zu schaffen, bei dem ungewiss ist, was jemals wirklich kommt, vgl. die fortschreitende Räude der Reggeborgh-Pläne des 1. freien Baufelds, im Plan Nr. 3: erst Hotel, dann keins, dann Ärztezentrum, nun wieder keins uswuf... Im folgenden der Artikel aus dem Handelsblatt:

Beispiel Mülheim: Tricksen, tarnen – wie Kommunen gegen leere Kassen kämpfen

von [Gertrud Hussla](#)

Ob Leverkusen, Ratingen oder Köln: Trotz leerer Kassen leisten sich deutsche Städte viele teure Prestigeobjekte. Mülheim an der Ruhr baut die halbe City neu - am Etat vorbei, denn dank buchhalterischer Tricks schafft sich die Kommune erhebliche finanzielle Freiräume. Am Ende jedoch zahlt der Bürger.

MÜHLHEIM AN DER RUHR. Am Abend gibt Mülheim ein furchterregend tristes Bild ab. Ein Stadtzentrum voller Billigläden, Bürogebäuden, Bauzäunen. Im alten Rathaus brennen nur noch ein paar Lichter. An einer riesigen Baugrube, zwischen Baggern und Erdhaufen, lungern Jugendliche herum. Der Park an der Ruhr ist bis auf ein paar Bäume schon abgeholzt.

Mülheim, 170 000 Einwohner, hat Großes vor. "Ruhrbania", ein Geschäftszentrum mit Promenade, ein kleines Hafenbecken, erstklassige Wohnlagen mit Flussblick. Eine glänzende Zukunft. So stellen es sich die Stadtoberen vor. Auch den Rest der City wollen sie runderneuern. **Koste es, was es wolle.**



Dagmar Mühlenfeld, Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, hält das neue Prestigeobjekt "Ruhrbania" für unverzichtbar - koste es, was es wolle.

Das Vorhaben ist Teil eines riskanten Finanzmanövers. Zu besichtigen ist, wie eine Stadt mit großer Raffinesse und komplizierten Konstruktionen private Investoren einbindet und virtuos Schattenhaushalte erstellt. Denn die Stadt will sich trotz sinkender Steuereinnahmen ihre teuren Bauprojekte leisten - am regulären Haushalt vorbei. Dort jedenfalls taucht "Ruhrbania" nicht auf.

Und dort klafft ein großes schwarzes Loch, 100 Millionen Euro. Deshalb ist in Mülheim eine Art Glaubenskrieg ausgebrochen. Die einen halten das Projekt für unverzichtbar, die anderen für den Ruin.

An Mülheim lässt sich studieren, wie Kommunen mit Steuergeldern umgehen. Die meisten klagen über die Folgen der Krise, dramatisch einbrechende Einnahmen und heftig steigende Sozialabgaben. Das Geld reiche hinten und vorn nicht. Dieses Jahr werden 12,5 Milliarden Euro fehlen, sieben Milliarden Euro waren es vergangenes Jahr. Nachdem heute die Steuerschätzung veröffentlicht wurde, dürften die Löcher noch größer werden - und entsprechend lauter die Klagen der Kommunen.

Andererseits geben einige Kommunen mit vollen Händen Geld aus - gerne auch für Dinge, deren Nutzen mindestens fragwürdig ist.

Lokalpolitiker setzen sich Denkmäler

In Mülheim möchte Dagmar Mühlenfeld, die zierliche SPD-Oberbürgermeisterin, große Teile der City abreißen und neu bauen. Die Vision ist schon auf Postkarten verewigt. Und Mühlenfeld hält eisern an ihr fest. Abstriche an ihrem Großprojekt, sagt sie, würden die "Zukunftsfähigkeit Mülheims gefährden". Sie lässt da nicht mehr mit sich reden. Nicht im Stadtrat, nicht auf Bürgerversammlungen, in denen sie um Verständnis für neue drastische Einsparungen wirbt.

Auch in anderen deutschen Städten ist es Mode, gut Erhaltenes für Prestige-Architektur zu opfern. Das bankrotte Leverkusen hat für die neue Rathausgalerie bereits Rathaus, Stadthaus und ein Kaufhaus abgerissen und zahlt im neuen Bau nun 750 000 Euro Miete pro Jahr. Ratingen bei Düsseldorf erwägt, das Rathaus aus den 70er-Jahren einzuebnen.

Unverantwortlich findet das Mitbürger Eberhard Kanski vom Bund der Steuerzahler: "Stellen Sie sich vor, ein Konzern würde sein Hauptgebäude einebnen. Das würde keine Aktionärsversammlung genehmigen."

Lokalpolitiker setzen sich Denkmäler. Was dafür verschwindet, darüber reden sie nicht so gerne. Das Kunstmuseum in Mülheim in der Alten Post bangt um seine Zukunft. Ein erst vor ein paar Jahren gebautes Naturbad und ein Hallenbad sollen geschlossen werden. Sportvereine fürchten um ihre Zuschüsse und um die Zukunft der Jugendlichen, die sie von der Straße holen. Und der Büchereibus soll nicht mehr zu älteren Leuten kommen. Schließlich besitzt die Stadt ja nun ein neues Medienhaus.

Der Teil des alten Rathauses, der erst in den 60ern gebaut wurde, ist schon weg. Das Gesundheitsamt, das auch eingeebnet wird, wurde vor ein paar Jahren für mehrere Millionen Euro aufwendig saniert. Dass das alles vielleicht gar nicht nötig wäre, ist nur ein Teil des Problems, in Mülheim wie anderswo.

Der andere Teil ist, welche unabsehbaren Risiken Stadträte und Bürgermeister eingehen, um ihre Lieblingsprojekte zu finanzieren. In manchen Fällen handeln sie dabei wie solche Investmentbanker, deren Unbelehrbarkeit die Welt seit Monaten anprangert.

Schattenhaushalte entziehen sich den Blicken der Bürger

Mülheim, mittelgroß, nicht arm und nicht reich, ist findig. Nur mit Hilfe von privaten Investoren oder städtischen Tochtergesellschaften wird möglich, was der reguläre Etat längst nicht mehr hergibt. Mülheim hat mehr als 30 Eigenbetriebe und Beteiligungen. Bei größeren Städten sind es manchmal 80, 100 oder gar 200. Schattenhaushalte, den Blicken der Bürger entzogen.

"Durch die vielfältigen Formen von Firmen und Beteiligungen schafft sich eine Kommune erhebliche buchhalterische Freiräume", sagt der Ökonom Clemens Fuest.

Da werden Kosten kleingerechnet, zu Tochterunternehmen oder an Investoren verschoben, in die Zukunft verlagert. 54 Prozent der Investitionen deutscher Kommunen finden außerhalb ihrer Haushalte statt, hat die Bertelsmann-Stiftung errechnet, und 50 Prozent ihrer Personalausgaben.

Der Kaiser steht nackt da, aber er scheut nicht das Risiko. In Mülheim lässt sich das derzeit besonders gut beobachten.

Geht der Investor pleite, bleibt die Stadt auf allen Kosten sitzen

Zum Beispiel die neue Bibliothek, samt Kino und Café untergebracht im neuen Medienhaus. Kosten: 41 Millionen Euro. Um sich den Bau überhaupt leisten zu können, hat sich die Stadt einen privaten Partner gesucht. Der hat das Haus gebaut und soll es 25 Jahre lang betreiben. So lange erstattet die Stadt über laufende Zahlungen Bau- und Betriebskosten und eine Gewinnmarge - in die Zukunft verlagerte Kosten. Doch weil die Stadt günstiger an Kredite kommt als ein Privatinvestor, hat der Investor seine Forderungen an die Stadt an die Bank verkauft. Nun wird das Ganze billiger. Und wenn der private Partner pleitegeht? Dann kann die Stadt ihre Zahlungen nicht mehr kürzen, sie muss die Bankschulden weiter bedienen, bleibt also auf allen Kosten sitzen. Im Vertragssprech der Juristen heißt das "Forfaitierung mit Einredeverzicht".

Oder etwa das neue "technische Rathaus", ein nach neuesten klimatechnischen Erkenntnissen umgebauter Ex-Sozialwohnungsbau, in den ein Teil der Verwaltung umgesiedelt ist. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWB, der das Gebäude gehört, hat es saniert, die Stadt mietet das Gebäude zurück. Was das gekostet hat, und wie viel Miete die Stadt in den nächsten Jahrzehnten bezahlt, mag Kämmerer Uwe Bonan nicht verraten - "aus Wettbewerbsgründen", sagt er.

Verstöße gegen den Haushaltsgrundsatz

Finanzwissenschaftler sehen solche Konstrukte mit Unbehagen: "Mieten ist immer teurer, als selbst zu bauen", sagt Michael Thöne, Finanzwissenschaftler der Uni Köln. "Denn die Rendite des Vermieters muss ja mit bezahlt werden."

Auch die Sanierung des Rathausteils, der noch steht, kostet 40 Millionen Euro, die zahlt die private Tochter SWB. Den Kredit dafür garantiert die Stadt. Das ist auch anderswo ein sehr beliebtes Modell. Finanzwissenschaftler Thöne sagt: "Wenn eine Stadt von einer Tasche in die andere wirtschaftet, wird es heikel, weil der Bürger nicht mehr weiß, was passiert."

Mülheims Stadtkämmerer Bonan muss zugeben, dass die Finanzierungsgepflogenheiten kompliziert sind. Um zu erläutern, was sich die Stadt ihre Pläne einschließlich aller weiteren Innenstadtprojekte im Detail kosten lässt, dafür brauche er zwei Stunden extra, sagt er.

"So etwas verstößt gegen den Haushaltsgrundsatz von Wahrheit und Klarheit", kritisiert Eberhard Kanski vom Bund der Steuerzahler.

Offiziell kosten Mülheims große Pläne fast nichts. Bonan beziffert die Kosten von "Ruhrbania" auf 20 Millionen Euro, drei Viertel davon Zuschüsse von Land und Bund, das sei "solide kalkuliert". Über Grundstücksverkäufe will die Stadt ihre Kosten wieder reinholen. Aber ist es solide kalkuliert, wenn in der Rechnung hohe Kosten nicht auftauchen, die unvermeidlich sind oder schon anfallen: Straßen, die zu bauen sind, Neubauten, Sanierungen, zig Millionen insgesamt?

Die Finanznot habe nichts damit zu tun, sagt Mülheims Stadtregierung. Kämmerer Bonan rechnet die Ausgaben vor, die krisenbedingt gestiegen sind. Sozialaufwendungen: 4,5 Millionen Euro mehr in diesem Jahr. Die Tariferhöhung im öffentlichen Dienst: 2,4 Millionen Euro. Dagegen Gewerbesteuer- und Einkommensteuereinnahmen: 20 Millionen Euro minus. Macht rund 27 Millionen Zusatzkosten, die nicht vorhersehbar waren.

Doch das ist nur das halbe Bild. Mülheim ist auf dem Einnahmenniveau von vor vier Jahren, ein dramatischer Einbruch ist das nicht. Und was ist eigentlich mit dem Geldsegen von 70 Millionen Euro aus der Gewerbesteuer geworden, der vor der Krise auf die Stadt niederging? Und wo sind die Buchreserven von 74 Millionen Euro, die ab 2007 aufgrund der neuen doppelten Buchführung aufgetaucht sind? Sie sind verdampft, in einen anderen Aggregatzustand überführt. Mit dem Geld sei das Verschuldungstempo gestoppt worden, sagt Bonan. - Wirklich? Die Kassenkredite, das Überziehungskonto der Stadt, sind weiter gestiegen, auf inzwischen 420 Millionen Euro. Die langfristigen Kredite belaufen sich auf fast 500 Millionen Euro. Dazu noch die Schulden in den Schattenhaushalten. - Höhe? Unbekannt.

Manche Stadt denkt schon über eine Sexsteuer nach

Umgang mit Steuergeldern in einer deutschen Stadt. Saarbrückens Ex-Kämmerer Frank Oran hält das Problem für unlösbar. "Geldausgeben ist das Lebenselixier der Politiker", zitiert er den Nobelpreisträger Milton Friedman, "und zugleich die Grundlage ihrer Macht." Ein Naturgesetz. Oran ist kürzlich in die Privatwirtschaft zurückgekehrt. Acht Jahre hat er versucht, den Haushalt Saarbrückens zu sanieren. Immer wieder ist er an der Ausgabefreudigkeit der Stadträte gescheitert.

"In den Kommunen fehlt das Korrektiv", sagt Finanzwissenschaftler Thöne. Unabhängige Analysten, die die Bilanzen und Nebenhaushalte von Kommunen sezieren, gebe es praktisch keine. Das Ergebnis ist, dass Städte und Gemeinden von Kiel bis Oberstdorf ihre Bewohner schröpfen. Sie denken über Sexsteuern nach, erhöhen Gebühren für Urnenbestattung oder den Eintritt fürs Schwimmbad.

Mülheim setzt neue Maßstäbe. Die Gewerbesteuer will die Stadt bis 2013 auf einen Hebesatz von 530 erhöhen, Rekord unter den größeren Städten Deutschlands. Es trifft neben Aldi, Siemens oder Tengelmann auch Tausende kleinere Betriebe. Bringt 20 Millionen Euro. Mieter und Hausbesitzer ächzen bald unter einem höheren Hebesatz auf die Grundsteuer als in München. Bringt acht Millionen. Die Liste der Vorschläge, wo die Stadt abkassieren will, umfasst über 300 Seiten. Widerstand formiert sich.

"Hier herrscht der helle Wahnsinn", sagt Lothar Reinhard. Zäh kämpft sich der Frührentner seit Jahren durch das Finanzgebaren seiner Stadt. Und Reinhard findet Zulauf. Seine Bürgerinitiative hat im Rat FDP und Grüne überholt. Machen die Bürger Druck, hat das immer öfter Folgen. Köln strich gerade ein neues Schauspielhaus, Bonn ein neues Festspielhaus. Die Stadtvorderen bekamen Angst - vor den nächsten Wahlen